

Antrag

der Fraktion der CDU

Bundesratsinitiative: Verbunddatei Linksextremismus einrichten! Geheimdienste stärken!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Geheimdienste einzusetzen, indem eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“ geschaffen wird, in der die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ihre Erkenntnisse zu Personen und Gruppierungen mit Bezug zum gewaltorientierten Linksextremismus erfassen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 6. April 2017 zu berichten.

Begründung:

Der Linksextremismus ist und bleibt eine Gefahr für Deutschland. Insbesondere Berlin ist ein Schwerpunkt des linksextremistischen Personenpotentials und der linksextremistischen Gewalttaten. In Berlin leben Zurzeit ca. 2600 Linksextremisten, davon sind ca. 950 gewaltorientiert.

Die Fallzahlen zu den Gewaltdelikten variieren, bleiben aber auf hohem Niveau. Die Polizei registrierte 2014 insgesamt 496 und 2015 insgesamt 361 Gewaltdelikte. Zu diesen Gewalttaten gehören auch zahlreiche versuchte Tötungsdelikte auf Polizisten. Nur durch Glück wurde bisher kein Polizist von Linksextremisten ermordet.

Bei politischem Terror steht das Sicherheitsinteresse über dem Datenschutz der Täter. Aus diesem Grund wurden bereits eine entsprechende Rechtsextremismusdatei und Antiterrordatei für Islamisten eingerichtet, in der die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ihre Erkenntnisse zu gewaltorientierten Rechtsextremisten und Islamisten teilen. Da diese Datei in die Zuständigkeit des Bundes fällt, ist eine Bundesratsinitiative erforderlich.

Berlin, 08. Februar 2017

Graf Lenz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU